

14.05

Abgeordnete Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ): Frau Präsidentin! Frau Bundesministerin! Liebe Barbara Krenn, ich freue mich auch auf gute Zusammenarbeit. Das haben wir letztens ohnehin schon im Gleichbehandlungsausschuss bestärkt, und vielleicht gelingt uns ja das eine oder andere.

Vielen Dank, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir heute hier die Gelegenheit haben, diesen Gleichbehandlungsbericht für die Privatwirtschaft im Plenum zu diskutieren. Sie wissen, viele Berichte werden ja in den Ausschüssen enderledigt, aber ich glaube, dass es richtig ist, darüber zu reden, dass wir nächstes Jahr 40 Jahre Gleichbehandlungsgesetze für die Privatwirtschaft in Österreich haben, dass wir seit 1979 für Lohngleichheit kämpfen, möchte ich fast schon sagen, und die Lohnschere sich langsam, aber noch viel zu langsam, schließt. Wir sind jetzt bei 19,9 Prozent. Trotzdem sagen uns nicht nur die Mitglieder und Vorsitzenden der Senate I, II und III der Gleichbehandlungskommission, sondern auch die Gleichbehandlungsanwaltschaft und die KollegInnen, die dort arbeiten, selbst, dass es immer noch so ist, dass es beim Einstieg in eine Arbeitsstelle, beim Höherqualifizieren und beim Umsteigen zu Diskriminierungen kommt und das die allermeisten Fälle – neben der sexuellen Belästigung – sind, die die Gleichbehandlungsanwaltschaft, aber auch die Gleichbehandlungskommission beschäftigt.

Ich glaube, das soll uns Alarmzeichen genug sein, hier darüber nachzudenken, wie wir da weiter vorgehen; die Ausweitung auf ganz Österreich ist ja vor einiger Zeit erfolgt. Stellvertretend für all die Kolleginnen und Kollegen, die dort tagtäglich arbeiten, darf ich Frau Sandra Konstatzky, Leiterin der Gleichbehandlungsanwaltschaft, namentlich erwähnen, aber auch Frau Dr.ⁱⁿ Eva Matt stellvertretend für die drei Senate. Sie waren ja auch im Gleichbehandlungsausschuss und haben über die Fälle, über die Diskriminierungsanliegen der Frauen, aber auch der Männer berichtet.

Ich möchte erwähnen, dass es immer mehr Väter gibt, die sich zum Thema Väterkarenz wegen Diskriminierung an die Gleichbehandlungskommission wenden – was mir und uns wieder zeigt, dass es vor allem bei der jüngeren Generation nicht mehr als so ganz nebensächlich gesehen wird, dass Väter auch in Karenz gehen. Es scheitert aber leider oft an den Unternehmen, die diesen Vätern dann nicht zugestehen, dass sie auch diese Karenzzeit nehmen können.

Daher ist es, glaube ich, ganz wichtig, dass wir hier weiterarbeiten und weitertun. Wir werden morgen auch ein Arbeitsmarktpaket für Frauen einbringen. Es geht nicht nur darum, dass man Frauen die Pensionen erhöht, damit sie nicht mehr armutsgefährdet

sind. Es würde auch darum gehen – Kollegin Krenn, du hast es gerade gesagt –, dass man Ersatzzeiten anrechnet, damit alle Frauen überhaupt auf diese 1 200 Euro Mindestpension, wenn ich das so nennen darf, kommen können. Es wäre wichtig, dass jede Teilzeitüberstunde gleich viel wert ist wie eine Vollzeitüberstunde; auch das haben wir nicht. Und ich möchte auch nicht darauf warten, ob in den Kollektivvertragsverhandlungen, die heuer gar nicht in allen Branchen stattfinden, ausverhandelt wird, dass die gesetzliche Elternkarenz angerechnet wird. *(Beifall bei der SPÖ sowie der Abg. Cox.)* Wir wollen ein Gesetz, und zwar gleich – und das könnten wir morgen beschließen.

Abschließend noch einmal vielen, vielen herzlichen Dank an alle, die im Antidiskriminierungsbereich tätig sind, die hier auch stellvertretend für uns diese Arbeit leisten, damit Frauen und Männer zu ihren Rechten kommen und auch, wenn sie vor Gericht gehen, bestens begleitet werden.

Frau Kollegin Fichtinger, nur zum Abschluss – ich glaube, es ist Ihnen rausgerutscht –: Kinder sind keine Güter – ich wollte das nur noch einmal sagen –, Kinder sind junge Menschen, aber keinesfalls Güter! *(Zwischenruf der Abg. Fichtinger.)* – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

14.09

Präsidentin Anneliese Kitzmüller: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Schimanek. – Bitte schön.